

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

Der Werth der Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften.

In letzter Zeit haben in einigen Filialen lebhaftere Diskussionen stattgefunden über den Werth oder Unwerth der Unterstützungseinrichtungen in unserer Organisation. So wurde in Bremen jeglicher weitere Ausbau des Unterstützungswesens zurückgewiesen, weil durch dieses der eigentliche Zweck der Organisation: Die Erziehung ihrer Mitglieder zu Klassenbewußten Arbeitern, immer mehr zurückgedrängt und die Organisation verflachten würde. Diese und ähnliche Ausführungen veranlassen mich, einige Ausführungen hierüber zu machen und meinen entgegengesetzten Standpunkt zu begründen. Auf unserer letzten Generalversammlung war gegen die früheren Anschauungen in dieser Frage unstrittig ein großer Umschwung zu konstatieren. Eine eigentliche Gegnerschaft gegen die Unterstützungseinrichtungen war überhaupt nicht da oder ist wenigstens nicht hervorgetreten. Das ist ganz erklärlich. Sind doch hierüber überall in Gewerkschaftskreisen jetzt andere Ansichten vorhanden, wie vor 5 bis 6 Jahren. Auf fast allen Tagesordnungen der Generalversammlungen liest man: „Ausbau des Unterstützungswesens“ oder Ähnliches. Wie kommt denn dies? Ist dies etwa ein Zeichen einer allgemeinen Verflachung der deutschen Gewerkschaftsbewegung? Nach der Ansicht mancher Kollegen müßte dies aber der Fall sein. Aber es ist fast das Gegenteil, es ist das Streben nach einer starken, gefestigten Organisation. Von den Gegnern der Unterstützung wird die Sache so hingestellt, als ob durch die Einführung derselben der Hauptzweck der gewerkschaftlichen Organisation, die Erreichung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, in den Hintergrund gedrängt und vernachlässigt würde. Die Gewerkschaften sollen dadurch ihren Klassencharakter verlieren und würden, wie sich ein Kollege in einer Versammlung in Hamburg ausdrückte, zu „Sparrvereinen“ degradiert werden. Die Nothwendigkeit der Unterstützungen bestreitet man nicht, aber man will diese vom Staat verlangen. Der Staat soll verpflichtet sein, hier helfend einzugreifen und die Unterstützung der Arbeitslosen usw. in die Hand nehmen. Ohne die Berechtigung dieses Verlangens zu bestreiten, muß man da aber doch fragen: Ist denn irgend welche Aussicht vorhanden, daß in absehbarer Zeit der Staat in durchgreifender Weise auf diesem Gebiete eingreifen wird? Wer unsere politischen Zustände eingehend verfolgt, wird diese Frage nicht bejahen können. Von einer Regierung, welche uns mit einem Zuchthausgefesse beglücken wollte; von einer Regierung, unter der die 12 000 Mt.-Affäre passiren konnte; von einer Regierung, deren Vertreter einen Brief des Vorstandes der Seebüro-Genossenschaft verteidigte, der unter der Devise: mundus vult decipi (die Welt will betrogen sein) Unfallsverhütungsvorschriften empfahl, „je harmloser, desto besser“; von einer derartigen Regierung große Reformen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu erwarten, dazu gehört schon eine ziemliche Naivität.

Haben nun die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen ein Interesse daran, Unterstützungseinrichtungen einzuführen? Diese Frage verdient, einmal etwas näher behandelt zu werden.

Es ist ohne Frage und die Erfahrungen beweisen es, daß die größte Mehrzahl der Mitglieder einer Organisation durch greifbare Vortheile zu derselben herangezogen werden. Das sehen wir vor jedem Streik. Die in Aussicht stehende Lohnhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit veranlaßt die meisten der am Orte arbeitenden Kollegen, sich der Organisation anzuschließen. Ebenso ist es bei den jüngeren Kollegen in vielen Fällen die Reiseunterstützung, der Arbeitsnachweis usw., welche sie in die Organisation bringen. Nur ein Bruchtheil der Mitglieder ist aus rein idealen Beweggründen zur Organisation gekommen. Wie sehr dies wahr ist, kann man nach einem Streik beobachten, wo ein großer Theil der Mitglieder, wenn die Verbesserung ihrer Lage durch die Organisation errungen, dieser wieder den Rücken kehrt. Dieses Kommen und Gehen ist in unserer Organisation besonders stark. Sind doch in den letzten zwei Jahren rund 22 000 Aufnahmen zu verzeichnen, von denen nur etwa 4000 geblieben sind!

Hier muß eine Abhilfe geschaffen werden, um diesen Zustand zu beseitigen oder doch wenigstens zu mildern. Daß dies der Wunsch eines jeden Kollegen ist, der das Interesse der Organisation im Auge hat, davon bin ich überzeugt. Und hier würden zweifellos wirksame Unterstützungseinrichtungen von durchschlagendem Erfolg sein. Nach zwei Seiten würde eine wohlthätige Wirkung sich bemerkbar machen, sie würden uns Mitglieder zuführen und diese auch an die Organisation fesseln, wodurch der Mitgliederstand ein stabilerer werden wird. Ein Mitglied, das dann z. B. der Organisation ein halbes Jahr angehört hat, wird nicht so ohne Weiteres, wie dies bis jetzt der Fall war, seine Mitgliedschaft aufgeben, weil es dadurch der Vortheile, die ihm diese bietet, verlustig geht. Namentlich wird dies bei Verheiratheten der Fall sein und wird dadurch ein Stamm von Mitgliedern geschaffen werden, wie wir ihn bisher nicht aufzuweisen hatten.

Nun ist es ohne Frage, daß eine Gewerkschaft erst dann richtig leistungsfähig wird, wenn sie stark an Mitgliederzahl ist und über gute, gefüllte Klassen verfügt. Das Unternehmertum wird einer solchen Organisation gegenüber weit nachgiebiger und entgegenkommender sein, wie einer schlecht organisirten Masse, von der es weiß, daß sie einen ernstlichen Kampf aus eigener Kraft gar nicht durchführen kann. Die Wahrheit dieses liegt auf der Hand und wird von keiner Seite angezweifelt werden können. Wenn nun dies so ist, warum sollten wir dann Einrichtungen bekämpfen, die unsere Organisation dahin bringen werden, daß sie dem Unternehmertum gegenüber mehr als jetzt eine achtunggebietende Stellung einnehmen würde. Bedingt denn die Einführung von Unterstützungen eine Vernachlässigung des wirtschaftlichen Kampfes? Nein, durchaus nicht. Im Gegentheil, durch dieselbe werden unsere Lohnkämpfe weit leichter und gründlicher durchführbar werden. Wie ist es denn heute? Unsere meisten Lohnkämpfe müssen notwendiger Weise im Frühjahr ausgefochten werden. Ein großer Theil der Kollegen hat dann einen langen, arbeitslosen Winter hinter sich. Ihre Lage ist die denkbar schlechteste; sie haben sich in Schulden stützen müssen und so und so viel Verpflichtungen sind zum Frühjahr und Sommer zu bedien. Wie schwer ist es oftmals, solchen Kollegen zum Anschluß an einen Lohnkampf zu bewegen und wie leicht fällt ein solcher ab, wenn sich der Kampf etwas in die Länge zieht.

Anders würde es sein, wenn wir z. B. eine Unterstützung der Arbeitslosen hätten. Die äußerste Noth würde dadurch von unseren Kollegen abgehalten und sie würden zum Frühjahr nicht so gänzlich ausgepowert sein, wie dies jetzt leider der Fall ist. Auch die Neigung, während des Winters sich zu einem niedrigeren Lohnsatz anzubieten, würde entschieden weniger vorhanden sein. Solche Kollegen werden weit eher und weit energischer einen Lohnkampf durchsetzen, als wie im ersteren Falle. Andererseits würden diese Kollegen, wenn ein Kampf verloren geht, weit seltener der Organisation den Rücken kehren, wie dies bis jetzt der Fall war, weil der Werth der Organisation auch dem weniger Aufgeklärten ein weit mehr in die Augen springender ist, wie ohne diese Einrichtungen.

Die Gegner der Unterstützung exemplifiziren oft an den Verband der Buchdrucker. „Der Geist, der unter dessen Mitgliedern herrscht, soll dann auch in anderen Organisationen einziehen“. Nun, so wenig einem der Geist, der bei einem Theil der Buchdrucker zu finden ist, gefallen mag, um ihre Organisation können wir sie beneiden. Hätte unsere Vereinigung wohl einen derartigen Kampf durchzuführen können, wie ihn die Buchdrucker im Winter 1891/92 geführt haben? Und obgleich dieser Kampf erfolglos beendet werden mußte, war es nur ein ganz geringer Bruchtheil der Mitglieder, welche dem Verbands den Rücken kehrte. Hier zeigte sich, welches Bindemittel die Unterstützungseinrichtungen für eine Organisation sind. Wo wäre damals unsere Vereinigung wohl geblieben, wenn wir einen Kampf von nur annähernd gleichen Dimensionen erfolglos beendet hätten? Ich bin überzeugt, wir hätten wieder von vorne anfangen müssen, zu organisiren. Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß die Buchdrucker in Folge ihrer besseren und stabileren Arbeitsverhältnisse derartige Organi-

sationseinrichtungen besser hochhalten können, wie wir dazu in der Lage sind, so ist damit aber doch noch nicht bewiesen, daß auch wir nicht z. B. die Arbeitslosenunterstützung einführen und aufrecht erhalten könnten, wenn nur der Wille da wäre und die Ueberzeugung, daß unsere Organisation dadurch einflußreicher und mächtiger nach innen und außen werden würde.

Der größte Theil unserer Mitglieder hat mehr oder weniger mit einer zeitweiligen Arbeitslosigkeit zu rechnen, nur ein kleiner Theil ist in der glücklichen Lage, hiervon ganz verschont zu sein. Wenn nun angeführt wird, daß diese Letzteren bei einer event. Einführung einer Arbeitslosenunterstützung sich sträuben würden, die notwendige Erhöhung der Beiträge mit zu tragen, so ist dies doch wohl kaum ernst zu nehmen. So weit überzeugte Mitglieder in Betracht kommen, kann dies nicht der Fall sein, denn wenn auch vielleicht nicht direkt, indirekt würde auch diesen die Wirkung dieser Unterstützung zu Gute kommen. Das Eine ist sicher, die Frage der Arbeitslosenunterstützung wird von der Tagesordnung unserer Generalversammlungen nicht mehr verschwinden, sie wird über kurz oder lang gelöst werden müssen und es ist deshalb nothwendig, daß man diese Frage in Versammlungen und in unserem Organ diskutiert und das Für und Wider erörtert wird.

Unsere Vereinigung hat in den letzten Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen, der hoffentlich auch noch für die Zukunft anhalten wird. Um so mehr aber wird es nothwendig, daß wir Einrichtungen treffen, die es verhindern, daß in den Zeiten der drohenden Krise unser Mitgliederbestand wieder in größerem Maße sinken wird. Und das werden wir verhindern können dadurch, daß wir unsere Organisation so ausbauen, daß sie in Wirklichkeit ein Rückhalt für den Einzelnen wird. Nicht „Zweck“ der Organisationen sollen die Unterstützungseinrichtungen werden, aber ein Mittel zum Zweck. Ein Mittel, um diese auch der Organisation zu erhalten und dadurch eine starke, schlagfertige Kampforganisation zu bekommen. Möge man ohne Vor-eingenommenheit an diese Frage herantreten und ich bin sicher, daß die Richtseiten dieser Einrichtungen die Schattenseiten weit in den Hintergrund drängen.

Trotzdem schon so viel in den letzten Jahren über obiges Thema geschrieben wurde, haben uns verschiedene Vorgänge auf der Generalversammlung gezeigt, daß ein näheres Eingehen auf diese Frage angebracht ist. Wir werden darum diesen Ausführungen aus unserem Kollegenkreis weitere folgen lassen.

Der Stand der d. Konsumgenossenschaftsbewegung.

Eine genaue Uebersicht der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, wie denn auch der deutschen Genossenschaftsbewegung überhaupt, zu geben, ist nicht möglich, da es an einer ausreichenden amtlichen Statistik fehlt. Soweit eine eingehende Statistik vorhanden ist, verdanken wir sie der freien Thätigkeit der Genossenschaftsverbände. Selbst das „Statistische Jahrbuch des deutschen Reichs für 1900“ giebt unter der Rubrik „Genossenschaftswesen“, nur ganz kurze Mittheilungen, die den Jahrbüchern der beiden größten deutschen Genossenschaftsverbände, des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und des Allgemeinen Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, entnommen sind.

Bei der Aufstellung einer Uebersicht über den Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung sind wir in erster Linie auf das Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften angewiesen. Eine werthvolle Ergänzung giebt eine von der sächsischen Umsatzsteuer-Kommission aufgestellte Statistik über den Stand der sächsischen Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Statistik befindet sich in der von der Umsatzsteuer-Kommission Anfang dieses Jahres herausgegebenen Broschüre: Zur Umsatzsteuerfrage in Sachsen.

Nach den Listen des Allgemeinen Verbandes bestanden in Deutschland am 31. März d. J. 1404 Konsumgenossenschaften. Davon gehörten dem Allgemeinen Verbande 583, dem Verbands sächsischer Konsumvereine „Vorwärts“ 48 und einem Revisionsverband im Regierungsbezirk Rter 14 Genossenschaften an. Zu den Listen des Allgemeinen Verbandes berichteten 534 Vereine mit 468 992 Mitgliedern. Der Umsatz betrug im Jahre 1899 115 1/2 Millionen Mark und der erzielte Reingewinn 11 1/2 Millionen Mark. Die Zahl der nicht zum Allgemeinen Verbande gehörenden Kon-

sumvereine des Königreichs Sachsen betrug, wenn wir die Ziffern des Verbandes sächsischer Konsumvereine von denen der Großhändler- und Umsatzerfrage subtrahieren, 158 (einschließlich der 45 Vereine des Revisionerverbandes „Vorwärts“), die Mitgliederzahl 91916, der Umsatz 29 Millionen Mark und der Reingewinn 33,4 Millionen Mark. Das ergibt zusammen 692 Vereine mit 561 000 Mitgliedern, 144 Millionen Mark Umsatz und 15 Millionen Mark Reingewinn.

In diese beiden Statistiken sind mit wenigen Ausnahmen alle größeren deutschen Konsumvereine eingeschlossen. Es ist daher nicht zulässig, für die verbleibenden 712 Vereine, über die statistisches Material nicht vorliegt, aus einer Durchschnittsberechnung gewonnene entsprechende Ziffern einzusetzen. Andererseits dürfen wir auch nicht zu niedrig greifen, da z. B. dem Revisionerverband im Regierungsbezirk Trier Vereine angehören, die bis zu einer Million Mark Umsatz haben. Ein Hamburger Verein, der keinem Verbande angehört, die Neue Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen von 1856, wird in diesem Jahre einen Umsatz von rund 3 Millionen Mark haben. Große Umsätze haben ferner manche Beamtenkonsumvereine, die ebenfalls nicht bezichtigt sind.

Wir schätzen demnach, daß die deutschen Konsumvereine mindestens 800 000 Mitglieder, 200 Millionen Mark Umsatz und 20 Millionen Mark Reingewinn, höchstens 1 Million Mitglieder, 250 Millionen Mark Umsatz und 25 Millionen Mark Reingewinn haben. Die Mindestziffern giebt auch Herr G. Kell, der jetzige Geschäftsführer der Großhändlergesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg, früher Leiter des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz, im vorjährigen Geschäftsbericht dieses Vereins. Die Höchstziffern bringt Herr R. E. May in seinem neuesten Werk: „Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ (Akademischer Verlag für soziale Wissenschaften, Dr. John Edelheim & Co., Berlin, Bern, Leipzig.)

Die 20-25 Millionen Mark Reingewinn, welche die deutschen Konsumgenossenschaften erzielen, sind gewonnen durch die Organisation des Konsums, durch die Ausschaltung von Zwischenhändlern und Händlergewinn. Diese gewaltige Summe, die sonst in die Taschen der Klein- und Großhändler fließen würde, kommt jetzt den Konsumenten zu Gute. Wichtiger ist unseres Wissens noch, daß die organisierten Konsumenten, d. h. die Besitzer der Genossenschaften durch ihren Einfluß auf die Verwaltungen sicher sind, reine und unerschöpfliche Waaren preiswürdig in guter Qualität und vollem Gewicht zu erhalten.

Für die Arbeiterklasse kommt ferner in Frage, daß die Konsumvereine einer großen Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen lohnenden Verdienst, feste Arbeitsplätze und in der Verfolgung ihrer speziellen Klasseninteressen volle Freiheit bieten. Nach der Statistik der sächsischen Umsatzsteuer-Kommission kommen auf 1 Million Mark Umsatz 48 männliche und 9 weibliche Angestellte und Arbeiter. In den deutschen Konsumgenossenschaften sind daher heute schon mindestens 10-12 000 männliche und 2000 weibliche Personen beschäftigt. Diese Ziffern werden sich ganz beträchtlich, nicht nur absolut, sondern auch relativ, erhöhen, so bald die deutschen Konsumvereine und ihre Großhändlergesellschaft durch das Interesse der Konsumenten und die Organisation des Konsums in der Lage sind, in weiterem Umfange zur Eigenproduktion überzugehen.

Aus unserem Verufe.

Unter dieser Rubrik wollen wir nicht nur alle wichtigen Vorgänge in unserem Verufe, welche für die Gehilfenenschaft von besonderem Werte sind, zur Kenntnis bringen, sondern wir erachten es auch für dringend nötig, den Bewegungen innerhalb der Meisterverbände eine rege Aufmerksamkeit zu widmen. Wir werden, wie auch früher, das anständige Vorgehen der Meister ebenso zu würdigen wissen, wie wir auch gegenüber vorkommenden Uebergreifen, Maßregelungen, Nicht-einhaltung der vereinbarten Lohnsätze usw. einzelner Meister schonungslos vorgehen werden.

Von einem Kollegen wurde uns ein Bericht über den 13. Provinzial-Malerversammlung des Unterverbandes Ost- und Westpreußen, abgehalten in Jüterburg, überliefert. Der Bericht ist ziemlich kurz gefaßt, besonders ein Hauptpunkt: das Referat eines Herrn B. Krug-Danzig, Mitglied der Handwerkskammer für Westpreußen, über die Handwerkskammern und die Bedeutung und Aufgabe der Gesellenvereine, wird nur so nebenbei erwähnt. Aber trotzdem enthält der weitere Bericht noch einige für uns beachtenswerte Momente. So wurde beschlossen, für die Mitglieder ein einheitliches Preisverzeichnis anzu fertigen, da in diesen Provinzen die Verhältnisse durch schnittlich auch die gleichen wären. Weiterens brauche dasselbe nicht strikte innegehalten zu werden, da es nur für die Herren Unternehmer ein Führer sein soll. Das nennt man „dem Handwerk den goldenen Boden bringen“ und der „Schundkonkurrenz kräftig zu Leber gehen!“ Also man beschließt, wählt eine Kommission, macht viel Lärm um nichts, um schließlich es jedem Einzelnen wieder anheim zu geben, zu machen, wie er will. Da sage noch Einer, unsere Meister in den östlichen Provinzen verfallen keine Dekorationen zu machen! Facta loquuntur (Thaten sprechen), wenn sie auch nur Schilbürgereien sind.

Diesem Antrage, gestellt von der Königsberger Jnnung und vertreten durch ihren Herrn Obermeister, folgen noch zwei weitere von da, welche für uns Interesse bieten. Der zweite Antrag, sehr sympathisch aufgenommen, wurde gleichfalls einstimmig angenommen. Derselbe lautet:

Der Unterverbandstag beschließt ein einheitliches Verhalten der Verbandskollegen bei Ausbruch einer Lohnbewegung. Danach hat der betreffende Obermeister, an dessen Ort eine Lohnbewegung eintritt, dieses sofort dem jeweiligen Vorsitzenden des Unterverbandes anzuzeigen, welcher diese Anzeige sogleich an die übrigen Verbands-Innungen abgiebt. Die Unterbandsmitglieder verpflichten sich, keine Arbeiter aus dem in Lohnbewegung stehenden Ort während der Dauer des Streiks in Arbeit zu nehmen, auch dürfen dieselben keine Arbeit übernehmen, die einem Kollegen abgenommen wurde, weil er in Folge der Lohnbewegung nicht in der Lage war, dieselbe auszuführen.

Derartige Beschlüsse sind so alt und abgedroschen, und bewähren sich im gegebenen Fall so „außerordentlich“, daß nach vollendetem Kampf immer einer großen Anzahl Löblinger „Indemistit“ genötigt werden muß, wenn nicht der ganze Bund aus dem Leim gehen soll. Oder glauben einige Verengerte, unsere gewerblichen Verhältnisse seien denen der Schwarzmalerverbände ähnlich, darum diese löblige Nachahmung? Hätten diese Herren nur ein Wischen aus dem Ergebnis der letzten Gewerkschaftsstatistik gelernt, so wäre

es nicht möglich, daß sie mit solchen Beschlüssen ihre dauerliche Minderwertigkeit noch dokumentieren.

Der dritte Antrag bezieht sich auf eine einheitliche Behandlung der Anstreicher. Als Gründe wurden angegeben: Die Anstreicher rekrutieren sich aus allen möglichen Professionisten und nicht aus gelerntem Lehrlingen, welche sich mit der Zeit „als Gehilfen“ ausgeben und auch zum Teil als solche anerkannt werden. In Folge dieses seien bedauerliche Mißstände gezeitigt worden, darum darf nur derjenige als Gehilfe anerkannt werden, welcher einen Gehilfenbrief aufweisen kann, die übrigen gelten als Arbeiter. Die Verbandsmitglieder verpflichten sich, um die Sache ins Licht zu bringen, die Anstreicher als gewöhnliche Arbeiter zu behandeln, dieselben in Annonzen als Malerarbeiten zu bezeichnen und ihnen niemals einen Lehrling zur Bedienung zu überlassen. Auch dieser Antrag fand einstimmige Annahme und wer nun glaubt, daß dieser Antrag strikte durchgeführt wird, dem kann eben nicht geholfen werden. Wie schön nehmen sich diese Anträge auf dem Papier aus, wie vielmal würde schon beschlossen, nur gelernter Arbeiter zu beschäftigen, aber wenn zum Klappen kommt, kümmert sich kein Hahn um diese Beschlüsse, man stellt einfach Leute ein, die in ihrem Leben noch keinen Pinsel in der Hand gehabt haben? Und was das Beste ist, gerade diejenigen Meister, welche besonders gerne „Ungelernte“ beschäftigen, ziehen bei diesen Gelegenheiten am meisten über die Anstreicher los. In dieser Beziehung steht uns eine Fülle Material zur Verfügung, aus welcher wir den Meistern ein Bild entwerfen könnten, daß ihnen Hören und Sehen verginge. Nur auf ein Beispiel wollen wir hinweisen, und zwar betrifft es den Vorsitzenden des Verbandes selbst, Herrn Ehler-Danzig, Humbogasse 41. Während des vorjährigen Lohnkampfes in Danzig suchte betreffender Herr durch Annonzen und riesige Plakate Arbeiter und Laufburschen bei hohem Lohn, während die Gehilfen bestrebt waren, in die zerstreuten, traurigen Danziger Lohnverhältnisse Ordnung hinein zu bringen. Jedes weitere Wort dazu wäre überflüssig. Die Anstreicherfrage läßt sich nicht so mir nichts — dir nichts aus der Welt schaffen. Wir haben unter den Anstreichern viele Kollegen, welche auf eine mehrjährige Lehrzeit zurückblicken, als auch solche, welche zwar nicht gelernt, aber durch Fleiß und Geschicklichkeit sich ein Können angeeignet haben, welches sie befähigt, sich getrost den mit Gehilfenbriefen ausgerüsteten Malern an die Seite zu stellen. Das Resultat obiger Beschlüsse wollen wir einstweilen ruhig abwarten.

Verteilungsberichte.

Siehe (Situationsbericht.) Man muß es der Mühe werth finden, den Stand unserer Filiale nach dem verlorenen Streik etwas näher zu beleuchten. Der größte Theil unserer Kollegen war bis zum Beginn des Streiks organisiert, jeder fühlte in sich, der Organisation beizutreten, damit eine Besserung unserer Lebenslage geschaffen würde. Aber leider, nachdem die Sache durch ehrlose Kollegen nicht derartia ausgefallen ist, glaubt nun so mancher „Wuch“ tolle, daß am Ort nie mehr ein Fortschritt zu verzeichnen sein könnte. Gewiß nicht, wenn es die hiesigen Kollegen auf diese Weise machen und nach und nach der Organisation den Rücken kehren, wenn es ihnen lächerlich vorkommt, sobald ihnen der „Vereins-Anzeiger“ gebracht wird, obendrein keine Beiträge leisten und kein Selbstbewußtsein unter den Kollegen mehr vorhanden ist. Wie könnte sonst Einer den Anderen fragen, ob er noch dem Verband angehöre? Dies zeugt von keiner Ueberzeugung des Wertes einer festen Organisation. Daß die Kollegen auf die Unterstützung der drei letzten Streiktage beharren, darüber läßt sich nichts mehr reden. Hat nicht die Hauptkassette durch die Streikunterstützung, sowie durch Erlaßen der Filialschulden genug gethan? Haben die Kollegen nicht glücklich einen derartig großen Verlust erlitten? Wir fragen hiermit alle diejenigen, die dies behaupten, ob auch sie während dieser Zeit ihre Pflicht erfüllt haben? Kollegen, eine größere Freude könnt Ihr dem Unternehmertum nicht bereiten, wenn unsere Filiale durch freudlichen Leichtsinn zu Grunde gehen sollte. Darum ermahnen wir Euch alle nochmals, appellieren an Euer Pflichtgefühl und rufen Euch zu: Vorwärts und nicht zurück!

Hamburg. Schon zwei Versammlungen haben stattgefunden über die Berichterstattung der Generalversammlung und noch konnte nicht alles erledigt werden. Den Bericht erstattete Kollege Barlek. Die Diskussion gestaltete sich oft recht stürmisch, nachdem der Delegierte Grobleben die Beschlüsse der Diäten- und Gehaltsfrage scharf kritisierte und den Vorschlag in Nr. 49 des „B.-M.“ verurteilte, der in Hamburg böses Blut erzeugt habe. Er hob hervor, daß die Hamburger Delegierten dagegen gestimmt. Die Kollegen Meyer und Buch polemisierten gegen die Handlungsweise Groblebens auf der Generalversammlung, wo er die Mitglieder des Hauptverbandes als unfähig bezeichnete. Sottorf betont ebenfalls, prinzipiell hätten die Hamburger Delegierten unseren Wünschen Rechnung getragen. Aber zu bemängeln sei das Unterstützungswesen und der große Verwaltungsapparat. Was diese Spielerei kostet, sei aus dem Bericht zu ersehen; bis zu 1 M. wolle man die Beiträge hinauffschrauben. „Ich bin und bleibe ein Feind jeglichen Unterstützungswesens; die Gewerkschaften haben etwas anderes zu thun.“ Er bezweifelt die Steigerung des Aufschwungs in der angegebenen Höhe und verteidigt seinen Standpunkt; für den wirtschaftlichen Kampf sei ihm kein Opfer zu groß. Wer in die Gewerkschaft eintritt, frage nicht, was bekomme ich da? Die dies thun, können wir laufen lassen. Redner geht zur Diätenfrage über und giebt sein äuserstes Mißfallen über den 12. März-Satz kund und versetzt sich zu dem Ausspruch: Das ist ein Raub an der Organisation. Zöbner: Daß die Versammlung sich auf das Gehalt und die Diäten verleiht, ist mir erklärlich, da ich die Verhältnisse ganz genau kenne. Kein Mensch hätte aber vorher sagen können, daß dieser Beschluß zur Annahme gelangt. Die Schuld liege an den Delegierten, welche sich nicht getrauten, hier die Beschlüsse der Generalversammlung zu vertreten; und das sei das Bedauerliche, daß die Delegierten ihren Unmut über die Beschlüsse selbst zum Austrag brachten. Kein einziger Hamburger Delegierter habe sich vorher bei der Debatte dagegen ausgesprochen und nun komme man und behauptet, man hätte dagegen gestimmt, wiewohl über die Gehaltsfrage von 2000 M. keine Gegenabstimmung erfolgt sei. Redner unterzieht die Ausführungen Sottorfs einer schneidenden Kritik. Daß ein so alter Kollege noch in solchem Fahrwasser sich bewege, beweise, daß die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung spurlos an ihm vorübergegangen sei; doch das komme davon, wenn sich solche Kollegen Jahre lang von einer eigentlichen Thätigkeit zurückziehen und sich dem Wahne hingeben, heute noch mit Idealen und mit den „reinen Kampfbereitungen“ die Massen begeistern zu können. De Haas erklärt, wie es sich

mit den Extramarke verhält. Groblebens Ausspruch sei nicht so kraß gefallen, sonst wäre auch darauf erwidert worden. Sottorf habe mit seinen Ausführungen seine eigene Unkenntnis preisgegeben. Warum hat er gefehlt bei den Beratungen zur Generalversammlung? Die Berichte über die Generalversammlung halte er für verfrüht, die hätten auch später kommen können. Man möge lieber Kritik üben an den übrigen Beschlüssen als an Diäten und Gehältern. Es bezieht sich sich noch an der Debatte Mark, Wentker, Reichert, Schröder, Toon, Bumann, Goppel und Sottorf. Da die Zeit zu weit vorgeschritten, finden erst die Wahlen statt. Gewählt werden in den Hauptvorstand mit absoluter Mehrheit: Stahl-Altona, Buch und Meyer-Hamburg, Sachau-Wandsbek; zu Revisoren Bulle und Sottorf; in die Preis-Kommission Burmeister-Altona, Döring-Wandsbek und Gehert-Hamburg. Darauf führte Grobleben noch aus: Für ihn sei das Eine maßgebend, die Beschlüsse der Generalversammlung müssen bis zur nächsten hochgehalten werden. Die Zeit werde entscheiden, ob das Unterstützungswesen die Oberhand behalte, oder die reine Kampforganisation. Es sei zu berücksichtigen, daß die Süddeutschen noch nicht im Klassenkampf auf dem Standpunkt angekommen sind wie die Norddeutschen. Er schließt: Arbeiten Sie alle weiter für uns, Jeder erfülle seine Pflicht im Sinne unserer Zentralisation.

Königsberg i. Pr. Nachdem es Kollegen Holz gelungen war, einige thätigkeitsvolle Kollegen am Orte zu gewinnen, wurde am 1. Mai 1900 die einige Zeit vorher aufgelöste Filiale unter besonders schwierigen Verhältnissen wieder neu errichtet. Trotz aller Querereien ist dieselbe stetig gewachsen. Es muß besonders betont werden, daß wir gerade hier einen sehr schweren Stand haben. Es wird die Kollegen Deutschlands wohl interessieren, etwas von den Elementen zu erfahren, mit denen wir hier in der Stadt der reinen „Vernunft“ zu kämpfen haben. So wurde z. B. in einer Versammlung dieses farnosen Lokalvereins von einem Kollegen der Antrag eingebracht, unseren Viehnacht, der zu der Zeit gerade gestorben war, durch Erheben von den Plänen zu ehren. Die erhabene Versammlung aber konnte diesem Antrage mit einer elenden Motivierung nicht zustimmen. Auch unser Verbleibtotal, welches zugleich Parteital ist, liegt diesen Brüdern schwer im Magen. Der Verleger kommt daher, weil es daselbst keine „Halbpfändchen“ giebt und diese Leute in der Verkonsumierung des Fußes keine Kostverächter sind. Wir könnten noch mehrere solcher Sachen anführen, glauben jedoch, daß die erwähnten Thatfachen diese Sorte Kollegen genügend charakterisieren. Sie zahlen nach ihren Statuten jede Woche 10 Pf.!! Beitrag, gewinnen in gewerblichen Streitfragen Rechtschutz und im Sterbefall 20 Pf. oder 30 Pf. Sterbegeld. Dann haben sie noch einen Streikfonds (?), um die eventuell streikenden Kollegen über Wasser zu halten. Alles für ein „Dittchen“. Wie das aber im Ernstfälle gemacht werden soll, ist uns aber ihnen selbst räthselhaft. Seit ihres Bestehens hat die Filiale eine lebhaft, intensive Agitation entfaltet und ist von vornherein mit der Hausagitation vorgegangen. Nach den bisherigen Erfahrungen können wir den Filialen, die die Hausagitation noch nicht haben, diese nur empfehlen. Statistgefunden haben 5 ordentliche, 1 außerordentliche Mitglieder- und 4 öffentliche Versammlungen. Hier gewesen sind die Kollegen Link-Berlin, Zöbner-Hamburg und Volkner-Danzig und müssen wir die besonders agitatorisch wirkenden Redner derselben dankend anerkennen. Das Letztere gilt auch vom Genossen Statut hier selbst. Die Klassenverhältnisse gestalten sich in zufriedenstellender Weise. Außerdem waren 61 Aufnahmen von Mitgliedern zu verzeichnen. Dann ist die Filiale in der hiesigen Gewerkschaftskommission mit 1 Delegierten vertreten. Von fünf Seiten des hiesigen Gehilfenausschusses sind vier in unseren Händen. Bedauern müssen wir das Scheitern des vorjährigen Provinzialtages, da ein solcher für uns gerade von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Wir hoffen, daß derselbe, wie jetzt auch Kollege Volkner wünscht, im Frühjahr zu Stande kommt und rechnen hierin auf energische Unterstützung des Hauptverbandes. Der Vorstand der hiesigen Filiale hat sich im neuen Jahr folgendermaßen zusammengesetzt: erster Bevollmächtigter Kollege Holz, Kassierer Kollege Krause, Schriftführer Kollege Crispian, Stellvertreter: Kol. Buch und Sommer. Als Delegierter der Gewerkschaftskommission ist Kol. Chizla bestimmt. Und nun mit neuer Kraft voran im neuen Jahr. Denn viel Arbeit wartet auf uns im neuen Jahr, indem die übrigen Kollegen Königsbergs, die bisher weder unserer Filiale noch dem verbummenen Lokalverein angehören, überhaupt noch schlafen und es wird unsere vornehmste Aufgabe sein, dieselben aufzurütteln und für uns zu gewinnen. Mit den Beschlüssen der Generalversammlung zu Würzburg erklären wir uns vollständig einverstanden. Besonders freut uns, daß dieselbe der Arbeitslosenunterstützung näher getreten ist und in der nächsten Generalversammlung wohl eine endgültige Regelung der Sache zu erwarten ist.

Plauen. Wie die gesammte Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen im verflossenen Jahr einen bedeutenden Fortschritt gemacht hat, haben auch wir einen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen. Wenn wir auf das vergangene Jahr zurückblicken, so können wir zufrieden sein, denn die Zunahme unserer Mitglieder von 81 auf 92 ist doch sicher zufriedenstellend. Trotzdem haben wir keine Zeit zu veräumen, da es immer noch 100-110 Kollegen giebt, welche uns fernstehen. Wiewohl es im alten Jahr manchen Sturm gab, so haben wir ihn doch glücklich bestanden und durch unsere Schritte gezeugen. So haben wir die Hausagitation eingeführt, welche uns manchen Kollegen wiederbrachte und uns in jeder Beziehung sehr viel genützt hat. Alles was wir im verflossenen Jahr durchführen konnten, konnten wir nicht, weil die Kollegen Plauens sich immer noch nicht in dem Maße organisierten, als es eigentlich sein sollte. Das Drängen vieler Kollegen, in eine Bewegung einzutreten, konnten wir nicht für gut heißen, denn ehe die hiesigen Kollegen es nicht einsehen, daß nur eine starke Organisation dies unternehmen kann, können wir diesen Schritt nicht billigen. Man sollte glauben, die Kollegen hätten schon längst die verschleebenen Arbeitsverhältnisse satt, z. B. giebt es Werkstellen, wo 12, 11½, 11, 10½ und 10 Stunden gearbeitet wird. Mühte nicht jeder Kollege darauf bedacht sein, diese Mißstände zu beseitigen und sich mit uns solidarisches zu erklären, um ein einheitliches Arbeitsverhältnis zu schaffen? Auf die Schufferei haben wir bereits schon einmal hingewiesen. Es ist wahrlich schlimm, daß man ein derartiges Bild entrollen muß, welches so beschämend für unsere Kollegen bei den Kollegen Deutschlands wirkt. Die Organisierten haben ihre Pflicht vollkommen gethan. Die 11-12stündige Arbeitszeit herrscht nur noch in den größten Werkstellen, in denen wir schlecht Fuß fassen können. Würden diese Kollegen nur einmal zur Einsicht kommen und sich mit uns solidarisches zeigen, dann wäre das Schwerste überwunden! Die Hoffnung haben wir noch nie aufgegeben, erachten es darum im neuen Jahr wiederum für unsere Pflicht, mit aller Kraft darauf hinzuarbeiten. Denn würde jeder organisierte

Kollege im Jahr nur einen uns Fernstehen- den unserer Organisation zuführen, würde es nach einigen Jahren in unserem Beruf ausbleiben. Darum Kollegen, tretet im neuen Jahr mit neuer Kraft in die Agitation ein, dann werden wir auch das erreichen, was wir erreichen wollen. Den uns Fernstehenden rufen wir aber zu: Hinein in die Organisation, um das im alten Jahr Versäumte wieder nachzuholen. — Am 27. November erstattete uns der Delegierte W. Domschke Bericht über die Generalversammlung. Er legte in seiner 2 1/2 stündigen Rede das Neugeschaffene vor Augen. Die Debatte ergab, daß die Kollegen mit dem Verhalten des Delegierten, sowie mit der gesammelten Generalversammlung einverstanden waren. Am 8. Dezember haben wir unsere Neuwahlen vorgenommen, welche zu folgendem Resultat führten: Als Vertrauensmann wurde der bisherige, Aug. Domschke, einstimmig wiedergewählt, als Revisoren wurden die Kollegen Schred und Schramm, in die Agitationskommission die Kollegen Ernst Seidenschlag, H. Siemsen, Wilh. Domschke, M. Tierfelder, Heinz Pfäum und Ed. Konrad gewählt, wovon Kollege Wilh. Domschke als Obmann fungiert. Das Gewerkschafts- kartell ist vertreten durch die Kollegen Schred, Domschke und Pfäum. Zum Schluß betonte Kollege Aug. Domschke, er sehe voraus, daß jeder Kollege, der heute ein Amt übernimmt, auch pflichtgetreu auszuführen hat und spricht die Hoffnung aus, daß es im kommenden Jahr in jeder Beziehung besser werden wird. Möge ein jeder Kollege dazu beitragen, damit wir das kommende Jahr mit voller Energie ausfüllen und die ins Auge gefaßte Lohnbewegung für uns mit einem vollen Siege verlaufe.

Gewerkschaftliches und Soziales.

In Hamburg, Altona und Umgegend sind die Gärtner in eine Lohnbewegung eingetreten.

Der Streit in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Betschau dauert unverändert fort; die Zahl der Arbeitswilligen hat sich um 30 vermindert. Die Streikenden sind des Sieges gewiß, wenn der Zugang strikte fern gehalten wird. — Auch die Werkstatte- ausführung auf Seebeck's Werk in Bremerhaven dauert fort. — In der Maschinenfabrik A. G. Rönneburg sind 70 Metallarbeiter wegen verweigertem Anerkennen von Lohnabzügen ausgesperrt.

In Berlin sind eine Anzahl Tischler und Maschinenarbeiter wegen Unterschriftsverweigerung zur neuen Arbeitsordnung theils entlassen, theils in den Ausstand getreten. Der Terrorismus der Unternehmer hat es also glücklich fertig gebracht, den Frieden zu brechen. Die Verhandlungen der Arbeitskommission sind wegen der Haltung der Unternehmer gescheitert; neue Verhandlungen sind vor dem Generalkonflikt eingeleitet.

Der Maurerstreik in Halle ist noch nicht beendet. Der Antrag des Streikkomitees, die Arbeit auf den bewilligten Plätzen aufzunehmen und die übrigen Streikenden weiter zu unterstützen, wurde abgelehnt. Der Vertreter des Zentralverbandes sprach gegen, der Vertreter der Lokalorganisationen für den Antrag.

Der Streik in der Druckerei der „Leipz. Volksztg.“ dauert unverändert fort. Von einem Kollegen aus Leipzig wird uns in Bezug auf unsere bisherige Stellungnahme zu dem behauerlichen Fall, der einmütig in seiner Art daselbst, durch ein Eingekandt der wirkliche Sachverhalt geschildert. Wir haben nochmals das ziemlich umfangreiche Material von beiden Seiten durchgesehen und können trotz des zur Klärung dienenden Eingekandts keinen anderen Standpunkt einnehmen. Die systematische Wühlarbeit mußte einmal zum offenen Konflikt führen und hat leider viele brave Kollegen in ihrem Urtheil zur Klare und objektiven Ueberschauung der Sachlage getrieben. In diesem Sinne können wir auch bestehen, wenn es in dem Eingekandt heißt: „Alle Gewerkschaften und Arbeitervereine nehmen hierzu Stellung, die gegen die Wachdrucker ins Feld ziehen, und so ist die Stimmung hier in allen Kreisen“.

Das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erscheint vom 1. Januar ab 16seitig in etwas vergrößertem Format. Durch die Vergrößerung des Blattes wird eine reichhaltigere Ausstattung ermöglicht.

Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung hat der Vorstand des Zimmererverbandes seinen Mitgliedern drei Entwürfe unterbreitet, welche auf Grund der vom August 1899 bis Juli 1900 festgestellten Erhebungen fußen. Die Erhebungen fanden nach folgender, von uns aber nicht gut zu heißender Methode statt: An einem bestimmten Tage jedes Monats hat das Mitglied auf einem im Mitgliedsbuche angefügten Blatte anzugeben, ob es an diesem Tage wegen Krankheit, Arbeitsmangels usw. arbeitslos war. Die Beilegung an dieser Statistik belief sich durchschnittlich auf 12 991 Mitglieder. Der höchste Stand war 3495 (Febr.), der niedrigste 169 (August), mithin war ein Durchschnittsstand der Arbeitslosigkeit von 1101. (Im Vergleich mit dem von uns gewonnenen Resultat ein ziemlich günstiger Prozentfuß.) Der Vorstand läßt die drei Wintermonate nun ganz außer Betracht und berechnet, daß in den 9 Monaten von je 12 833 arbeitenden Mitgliedern 586 Arbeitslose = 4,5 pSt. anzunehmen seien. Bei weiterem Abzug der Unterstützung für die erste Woche und nach Ablauf der sechsten Unterstützungswoche blieben noch durchschnittlich 352 Unterstützungsfälle für 12 550 zahlende Mitglieder übrig, wofür eine Beitragserhöhung von 15,23 Pfg. pro Woche bei 1 Mt. Tagesunterstützung ausreichen würde. Damit sei die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung wenigstens für neun Monate des Jahres nachgewiesen, und die oft gehörte Behauptung, daß dieselbe unerschwingliche Beiträge erfordere, als nicht stichhaltig dargethan. — Die drei Entwürfe, die zur Diskussion gestellt werden, beziehen sich auf die obligatorische Einführung im vorerwähnten Maßstabe, auf die Unterstützung während des ganzen Jahres nach sechstägiger und ferner beschränkter nach zwoeltägiger Arbeitslosigkeitstarens. Bei jedem Entwurf sind zwei Lohnklassen (bis 4 Mt. und über 4 Mt. Tagelohn) vorgesehen. Der Mehrbetrag soll im Falle der Unterstützung vom März bis November (Höchstdauer 6 Wochen) 15 bezw. 20 Pfg., im Falle der Unterstützung während des ganzen Jahres (Höchstdauer 6 Wochen) 20 bezw. 25 Pfg. pro Woche betragen.

Eine Arbeitslosenprüfung veranlaßt der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, um ziffernmäßig nachzuweisen, in welchem Umfang der Bildhauerberuf bereits von den Wirkungen der Krise betroffen ist. Die Prüfung soll auch unorganisierte Bildhauer umfassen, für welche besondere Zählheime herausgibt werden. Die bisherigen statistischen Aufnahmen der Bildhauer können wir mit zu den besten uns bekannt rechnen.

Die fünfte ordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes findet am 28. Mai und folgende Tage in Nürnberg (Hofmann) statt. Auf der vorläufigen Tagesordnung steht u. A.: „Unsere Taktik bei Lohnbewegungen“, „Bericht vom dritten Gewerkschaftskongress und Beschlußfassung über die Vertretung des Verbandes auf dem vierten Gewerkschaftskongress“.

Der Vorstand der Organisation der Streikenden in Calais erklärt im Namen der Streikenden einen Appell an die Solidarität der deutschen Arbeiterschaft. 14 000 Personen sind durch die Ausbrennung betroffen. Alle für die streikenden Füllweber bestimmten Unterstützungsgelder sind an den Kassirer der Generalkommission, A. Böcke, Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10 zu senden.

Glasarbeiter! Achtung! Das Pariser sozialistische Organ „La Petite République“ enthält in seiner Nummer vom 2. Januar folgende Depesche aus Braxilien: Sao Paulo, Braxilien, 31. Dezember 1900.

Benachrichtigen Sie mit Hilfe der Presse die Glasarbeiter in Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Belgien, keine Arbeit nach Braxilien anzunehmen. Brief folgt. „La Petite République“ bittet die Arbeiterpresse aller Länder und die Fachpresse der Glasarbeiter um schnellen Abdruck dieser Depesche.

Der große Hafnarbeiterausstand in Antwerpen ist zu Ungunsten der Arbeiter beendet.

Belgischer Gewerkschaftskongress. Am 24. und 25. Dezember tagte in „Maison du Peuple“ in Brüssel ein Kongress der belgischen Gewerkschaften, auf dem über 200 Gruppen, darunter auch einige sogenannte „neutrale“ Gruppen, vertreten waren. Als Vertreter der deutschen Gewerkschaften war Genosse Legien anwesend. Auf dem Kongress trat zu Tage, daß auch in Belgien die Beilegung der Arbeiter an den gewerkschaftlichen Organisationen noch sehr mangelhaft ist. Nach den dort erstatteten Berichten sind in Belgien nur 9,21 pSt. der Arbeiter und 1,07 pSt. der Arbeiterinnen organisiert. Es wurden Resolutionen angenommen, in denen die Gründung von Seilstätten, Regelung des Lehrlingswesens, Beilegung des Arbeitslosen, Freisetzung eines Minimums u. a. m. gefordert wird. Ferner wurde nach einem Referat beschlossen, den nächsten deutschen Gewerkschaftskongress durch Delegierte zu beschicken.

Eine Arbeiterschule wurde in Paris eröffnet, die zum Zweck hat, die Fähigkeiten und technischen Kenntnisse der Führer des Proletariats zu entwickeln, die allgemeine Bildung der Agitatoren zu erweitern, wie auch tüchtige Vermittler für Gewerkschaften und Genossenschaften heranzubilden. Die Schule steht unter dem Schutze der sozialistischen Gewerkschaften des Seine-Departements (Paris) und wird geleitet von Hubert Lagardelle, Chefredakteur des „Mouvement socialiste“. Die Vorlesungen umfassen: 1. Arbeiterorganisation (Lagardelle); 2. Arbeiterorganisation (Professor Simian); und 3. Allgemeine Arbeitsbedingungen (Dr. Fauguet).

Zur Nachahmung empfohlen. Um den persönlichen Verkehr mit den Arbeitern reger zu gestalten, hat der Gewerbeinspektor für den Mainzer Bezirk, Herr Bänisch, ein praktisches Verfahren eingeschlagen. Er hält in einzelnen Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereinen Vorträge. So hat er in der Gewerkschaft der nicht gewerblichen Arbeiter einen Vortrag über die Nothwendigkeit der Unfallversicherungsgesetze gehalten. In dem letzten Bericht konstatirt er, daß sich der Verkehr mit den Arbeitern immer lebhafter gestaltet habe und für beide Theile nutzbringend gewesen sei. Auch die übrigen hiesigen Gewerbeinspektoren berichten, daß ihnen aus dem Verkehr mit den Arbeiterorganisationen manche werthvolle Aufklärung gegeben worden ist. Der Beamte für den Wiesener Bezirk, Herr Engel, hat dem Vorstehen des dortigen Gewerkschaftskartells den Wunsch ausgedrückt, einer Kartellung beizuwohnen. Selbstverständlich wurde diesem Wunsch seitens der Arbeiter beifällig willfahren. Es wäre sehr erfreulich, wenn auch in anderen Orten diese wirklich anerkennenswerthen Bestrebungen der hiesigen Gewerbeinspektoren Nachahmung fänden.

Erfolge der Zivilisation in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ein amerikanisches Blatt berichtet: „In unserer Bevölkerung von 70 000 000 Seelen haben wir 60 000 Geistliche, um bei unserer Zivillisation bezüglich zu sein, 90 000 Rechtsanwältinnen, um beim Rechtsverbrechen zu helfen, 85 000 gewerkschaftliche Verbrecher und reichlich zehnmal so viel Verbrecher außerhalb des Verbandes, meistens in der besten Gesellschaft und im Kongress, 75 000 Arme und nur 6000 Schriftsteller und Männer der Wissenschaft. Wir haben 1 000 000 Bagabonden und nur 5400 Professoren, 127 000 Schankwirthe und 9700 Schauspieler, 5 000 000 gewöhnliche Arbeiter und 9300 Zeichner und Erfinder. Es kann in Wahrheit gesagt werden, daß wir erndet haben, wie Geld zu machen ist, aber nicht, wie wir uns zu Menschen machen sollen.“

Baugewerbliches.

Bauarbeiterbeschütz in Bayern. Das baureiche Ministerium des Innern hat nun unterm 1. Januar 1901 eine Reihe oberpolizeilicher Vorschriften erlassen und im Gesetz- und Verordnungsblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht, wodurch alle bisher zerstreuten und theilweise lückenhaften Einzelbestimmungen über die Verhütung von Bauunfällen in eine für das ganze Land verbindliche allgemeine Anordnung zusammengefaßt wurden. Diese oberpolizeiliche Vorschrift beruht auf der gesetzlichen Grundlage des Art. 101 des Polizeistrafgesetzbuches in der Fassung des Gesetzes vom 2. Juni 1900, dann des § 120 a Abs. II der R.-G.-O. und erging nach Einnahme der bayerischen Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft und der von dieser nach Vorschrift der Unfallversicherungsgesetze beigezogenen Vertreter der Arbeiter. In den einzelnen Vorschriften werden nicht nur speziell technische Anweisungen über Festigkeit und Sicherheit von Gerüsten, Leitern, Abstufungen, über Anlage von Baugruben, für besonders gefährliche Handlungen usw. gegeben, sondern es wird auch die bessernde Hand an mancherlei Mißstände und Mißbräuche gelegt, die sich im Baugewerbe allmählig herausgebildet haben.

Gewerkschaftliches-Soziales

Gerichtliches und Polizeiliches.

Korrektur des Vöbtauer Zuchthausurtheils. Die im Vöbtauer Prozess zu je sechs Jahren Zuchthaus verurtheilten Bauarbeiter Pfeifer und Leiber sind aus dem Zuchthaus zu Waldheim entlassen worden. Die Beantragung geschah auf Verwendung einiger Geschworenen jenes Prozesses, welche erkannten, daß es angebracht ist, einem solchen Urtheil gegenüber Gnade für Recht zu lassen, wenn auch seiner Zeit der Generalstaatsanwalt Nigler im Reichstag äußerte:

„Sie mögen sagen, was Sie wollen: Ihr Einfluß reicht jedenfalls nicht so weit, daß sich die Thore des Zuchthauses

auch nur eine Viertelstunde früher für die Verurtheilten öffnen werden!“

Nun hat ja menschliche Einsicht die Thore des Zuchthauses für einige der Verurtheilten schon weit früher geöffnet; hoffen wir, daß auch die übrigen Opfer jenes Prozesses bald aus den Thoren des Zuchthauses heraustreten können.

Die „politischen“ Gewerkschaften. Die Apener Polizei erklärte vor Kurzem das dortige Gewerkschaftskartell für politisch und gestattete ihm nicht die Abhaltung eines Vergnügens mit Damen. Jetzt verbot man auch der Apener Zahlstelle des Verbandes der deutschen Buchdrucker, einer durchaus politisch neutralen Gewerkschaft, die Abhaltung einer Silvesterfeier. Der Apener Zweigverein des genannten Verbandes sei ein politischer Verein, an dessen Veranstaltungen Frauen und Kinderjährige nicht theilnehmen dürften. Gegen diese polizeiliche Maßnahme ist gerichtliche Entscheidung beantragt.

Eingekandt.

Kaum hat der neu angestellte vierte Beamte sein Amt angetreten und schon erscheint man wieder mit einer Anzahl ebenfalls fest anzustellender Beamten auf der Bildfläche, die nun scheinbar in Dienst gestellt werden sollen. Merkwürdiger Weise hörte man vor der Generalversammlung nichts davon; aber da hätten ja die übrigen Kollegen Deutschlands in ihren Versammlungen Stellung dagegen nehmen können und das sollte wohl vermieden werden, um die Gemüther nicht aufzuregen. Da wird fortwährend gesammelt, daß die Beiträge nicht ausreichen, um alle Lohnbewegungen erfolgreich durchzuführen zu können. Kaum ist aber eine Beitragserschöpfung durchgedrückt, sofort kommt man mit Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit, die unter Umständen das Doppelte oder noch mehr an Ausgaben verursachen für Zwecke, die anfänglich gar nicht in Betracht gezogen wurden. Es ist ja zuzugeben, daß in einigen Bezirken, wo die Filialen räumlich nahe beisammen liegen, ein beratender Posten nutzbringend für das Gedeihen der einzelnen Filialen sein könnte. Was aber dem einen Bezirk recht ist, das ist dem anderen billig; diese Konsequenz wird auch Kollege St. ziehen müssen und nach seinen Darlegungen brauchen wir ja auch in jedem Agitationsbezirk eine festbesolte Person. Es ist auch gar nicht einzusehen, warum einzelnen Bezirken auf Kosten der anderen eine Extratur auf gebracht werden soll. Nun macht Kollege St. noch alles Ernstes den Vorschlag, für ganz Süddeutschland (mit Ausnahme von Hessen) einen Beamten anzustellen. Ich möchte wissen, wie der für diesen Posten in Aussicht genommene Kollege es fertig bringen sollte, ein derartig umfangreiches und weitverzweigtes Gebiet so zu bearbeiten, daß die Vereinigung bezw. die einzelnen Filialen auch einen nennenswerthen Nutzen davon haben könnten. Die Rechnung, die Kollege St. aufgemacht hat, würde in diesem Fall statt mit Plus, zweifellos mit einem bedeutenden Minus abschließen. Denn so begeistert sind die Indifferenten nicht, um nach einer oder auch mehreren Versammlungen sofort in hellen Scharen sich aufzunehmen zu lassen und zu bleiben. Es spielen da eben Verhältnisse mit, die auch der beste Agitator und Versammlungsredner nicht aus der Welt schaffen kann. Sollten übrigens der Hauptvorstand im Einverständnis mit den bairischen und württembergischen Filialen die Anstellung eines Beamten ihrerseits durchaus für nothwendig erachten, so werden dieselben jedoch zugeben müssen, daß der betreffende Beamte auch ohne Bayern noch Arbeit genug findet. Bei uns in Bayern werden vorläufig unsere beiden Agitationskommissionen die Arbeit bei einigem guten Willen schon noch bewältigen können, sofern dieselben nur sonst allseitig die nöthige Unterstützung finden. Sollten sich die Verhältnisse später bessern, dann läßt sich ja weiter darüber diskutieren. Viel nothwendiger und dringender erscheint mir jedoch, wo es irgend angeht, in größeren Filialen die Anstellung besolterter Assistenten, wie beim Metall- und Holzarbeiterverband (die Filiale Frankfurt hat dies bereits durchgeführt), sowie in den kleineren Filialen die bessere Entschädigung der Filialbeamten, damit sich dieselben mehr wie bisher den Verbandsgeschäften widmen können, ohne in einseitiger Weise immer Opfer bringen zu müssen. So, wie es die Generalversammlung beschlossen hat, wird nach Abzug der sonstigen brüderlichen Entlastungen der Beiträge usw. für die Filialbeamten herzlich wenig übrig bleiben.

Mürnberg.

Zu dem in Nr. 5 des „N.“ befindlichen Bericht aus Bremen über die Beschlässe der Generalversammlung möchte ich als Delegirter folgendes bemerken: Daß Zöbner mit im Bureau saß, haben nach Schluß der Verhandlungen wohl auch die nicht bedauert, welche zu Anfang dagegen gesprochen und gestimmt hatten. Inwiefern das Eingreifen des Genossen B. in die Diskussion für uns vorthellhaft war oder nicht, beweisen die Ausführungen des betr. Genossen, die jeder im Protokoll nachlesen kann. Trotzdem kann man ja anderer Meinung sein, deswegen braucht man aber doch nicht so viel Aufhebens davon zu machen. Auch bin ich der Ansicht, daß B. in Würzburg nicht nur gelehrt, sondern auch gelernt hat. Betreffs des UnterstützungsweSENS setzen sich unsere lieben Bremer selbst in Widerspruch. Sag doch von Bremen ein Antrag vor, „den Mitgliedern bei Frankfurt eine Unterstützung zu gewähren.“ Bei Einführung des Sterbegeldes hat allerdings Schröder (Seite 58 und 57 des Protokolls) dagegen gesprochen; auch haben die beiden Bremer dagegen gestimmt (S. 120). Aber die 52 Stimmen dafür kommen doch auch von anderen Kollegen. Betreffs der Aussicht über die Redigirung des „N.“ hat ja Mark in Nr. 52 die Bremer treffend festgenagelt. Was die Gehaltsfrage anbetrifft, so möchte ich nur auf die Ausführungen des Genossen B. hinweisen (Seite 127 und 128 v. Protok.). Bei der Frage der Anstellung von Provinzbeamten war laut Protokoll (Seite 128) Schröder für und Kiebler gegen, bei 44 für und 22 gegen und 8 Stimmenthaltung. Daß auch ich dagegen gestimmt, schließt jedoch keinesfalls aus, daß man die Zweckmäßigkeit anerkennt. Ich freue mich jedoch wenigstens, in diesem Punkte mich mit Bremen eins zu stellen. Auch bei der Abstimmung über Auflösung der Lokalstreifonds waren Kiebler und Schröder bei 61 für und 10 gegen mit bei der Mehrheit. Mir scheint, Delegirter für Bremen zu sein, ist ein schweres Amt. Bei der Feststellung der Sommerbeiträge finden wir unsere Bremer Kollegen auch wieder bei Widersprüchen. Während ein abruad vorkommender Bremer Antrag auf 35 Pfg. lautet, stimmten Schröder und Kiebler dagegen. Allerdings giebt es keine gebundenen Mandate. Ich mache auch den beiden Kollegen keinen Vorwurf, bin vielmehr überzeugt, daß dieselben eben so gewissenhaft gestimmt haben wie alle anderen. Durch Kennzeichnung der einzelnen Punkte glaube ich bewiesen zu haben, daß Raune und Geschmaack sehr verschieden sind.

Sonneberg.

Drei Jahre sind verfloßen seit Gründung unserer Filiale. Drei Jahre haben wir hart und stäupfend, denn sehr traurig stand es zu Zeiten mit unserer Filiale. Aber zuverlässig hielt der Vorstand die alte Fühne hoch, denn sonst wäre längst hier die Verwaltungshandlung eingeleitet und nicht wäre aus der Hand gelassen, als im alten Schilde weiter zu leben. Dieses alles, Kollegen, hatte sich der Vorstand wohlwollend vor Augen geföhrt, um zu dem Schluß zu kommen, noch einmal mit aller verfügbaren Kraft einzusetzen, um die übrigen Kollegen in die Reihen derer einzuföhren, welche beständig für das gemeinsame Wohl bemüht sind. Wir sind jetzt auch vollständig mit dem Resultat zufrieden, denn die Mehrzahl der verheirateten Kollegen sind dem Hause geföhrt, haben sich angehöben, um Dedit zu nehmen an der Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Und daß damit Wandel geschaffen werden muß, hat wohl fast in jeder Kette eingeleitet. Einsehen muß es ein jeder, daß wir das „Stabilitätssystem“ abschaffen müssen und dafür sorgen, daß jüngere Kollegen nicht mit einem Wochenlohn von 15 Mk. bei 10stündiger Arbeitszeit nach Hause gehen, um nicht zu wissen, was sie damit anfangen sollen. Das, Kollegen, ist unser Ziel, wofür wir verbühen. Wir wollen wissen wie fern, daß in Zukunft nicht die Kräfte für sich das Recht in Anspruch nehmen, den Malergehilfen Staatslohn zu zahlen. Wir wollen wissen, daß die Maler für sich das Recht in Anspruch nehmen, den Malergehilfen Staatslohn zu zahlen. Wir wollen wissen, daß die Maler für sich das Recht in Anspruch nehmen, den Malergehilfen Staatslohn zu zahlen. Wir wollen wissen, daß die Maler für sich das Recht in Anspruch nehmen, den Malergehilfen Staatslohn zu zahlen.

Ein Ruf ist's von Armen, Unterdrückten,
Aus Nacht, aus Jenseit, Elfenbein und Noth,
Ein Mahnen an die Reichen und Belebten,
Ein Drängen nach Erkenntnis und nach Brot.
Straßburg. St.

Unter den neuen Bildern, die vor kurzem in Pompeii zu Tage getreten sind, verdient, wie die „Wester-Zeitung“ schreibt, eine besondere Aufmerksamkeit, die Ermordung des Neoptolemos in Delphi darstellend. Die Sage berichtet, Neoptolemos sei nach seiner Rückkehr nach Griechenland nach Delphi gegangen, um dort von dem Gotte Apollo Nachenschaft für den Tod seines Vaters zu fordern. Achilles war von Paris unter Mithilfe des Apollo geföhrt worden. Dort angekommen, sei Neoptolemos durch Drestes, dem er seine Braut Hermione wegenommen hatte, geföhrt worden. Diese Ermordung stellt nun das neue Gemälde dar, nur mit der Abweichung, daß der Sohn Achilles nicht um Mache zu fordern, sondern um die Veröhnung mit dem Gotte zu betreiben, nach Delphi gekommen zu sein scheint. Er war im Begriff, ein Opfer zu bringen, daher der Eifer im Hintergrund, der befreit nach rechts entweicht, die Priesterin hatte einen niedrigen Speisetisch und Kanne und Schale, wie sie zum Opfer gebraucht werden, herbeigebracht. Da stürzt plötzlich von rechts Drestes mit gezücktem Schwert auf den nicht abzunehmenden Neoptolemos hervor, faßt ihn mit der linken Hand beim Kopf und stößt ihm, der sich auf den Altar geföhrt hat, das Schwert in die Seite, während von links ein Delphier mit einem Speer nachhinkt. Die Götter und die Ueberraschung wird durch die Haltung der Priesterin deutlich bezeichnet; sie hat den Speisetisch fallen lassen, so daß er umgeworfen auf dem Boden liegt, auch Schale und Kanne sind ihrer Hand entfallen, mit der rechten Hand scheint sie ihren Mantel, dessen zum Theil umgeschlagene Innenseite eine dunklere Färbung hat, über den Kopf ziehen zu wollen, um von dem graulichen Vorgang nichts wahrzunehmen. Links hinter Neoptolemos gewahrt man noch eine fünfte, nur leicht angedeutete Gestalt, wohl die des Götter Apollo selbst; sie hat den rechten Arm mit einem kurzen und dünnen Speer gleichfalls zum Wurf erhoben, während der mit dem Mantel bedeckte linke Arm wie zur Abwehr ausgebreitet ist. Besonders interessant ist die trotz angelegte und deutlich erkennbare, wenn auch perspektivisch nicht ganz gelungene Abbildung des delphischen Tempels; man erkennt deutlich die vielsichtige Front und die mit einem Pfeiler beginnende Langseite, in die zur Verstärkung der Mauer ungefähr in der halben Höhe ein Laubgallen eingesügt ist. Daß das Bild nicht in Pompeii erfunden ist, sondern auf eine ältere Vorlage zurückgeht, ist an sich wahrscheinlich, wird aber dadurch noch fester, weil zwischen dem Bilde und einem Vasengemälde mannigfache Uebereinstimmungen stattfinden, die zur Annahme einer gemeinsamen Quelle nöthig. Auch ist eine gewisse Verwandtschaft zwischen dem neuen Bilde und dem früher gefundenen Laubgallenbilde in dem ganzen Aufbau der Scene und der Haltung der einzelnen Figuren nicht zu verkennen, so daß das Bild mit der Ermordung des Neoptolemos wohl noch von Bedeutung für die Geschichte der pompejanischen Wandmalerei werden wird.

Vereinstheil.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Nachfolgende auf Grund des § 9 des Statuts gewählten Filialverwaltungen werden hiermit seitens des Hauptvorstandes genehmigt: Berlin I, Berlin II, Bremerhaven, Braunschweig II, Charlottenburg, Gelsenkirchen, Halberstadt, Jena, Kreuznach, Mannheim, Straßburg, Straßburg i. E.
Mit kolleg. Gruß
Der Vorstand.

Quittung.

Vom 8. bis 14. Januar gingen bei der Hauptkassse ein:
Nichterfelde 146.40, Krieger 27.60, Mieta 16.43, Schwerin 21.89, Cottbus 102.91, Rheidt 36.15, Hannover II 45.40, Schwerte 68.52, Langenfelde 64.32, Linden 164.33, Wilsel 150.35, Mannheim 248.—, Wandsbeck 64.25, Neustadt a. S. 46.47, Degg 62.83, Biberheim 57.38, Hildesheim 63.35, Magdeburg 200.66, Dortmund 321.09, Appolda 17.69, Gienach 21.60, Altona 20.24, Dypeln 36.95, Freiberg 12.87, Kiel 328.71, Colberg 93.98, Offenbach 58.57, Quedlinburg 31.29, Wernburg 28.48, Wittweida 20.10, Rabensburg 16.02, Namenz 16.64, Cottbus —50, Detmold 10.23, Herford 9.84, Regensburg 92.98, Barmen 63.66, Herford 67.32, Scherfeln 59.33, Worms 25.49, Düsseldorf 15.63, Norderhagen 42.56, Wiesbaden 51.82, Dresden 383.35, Darmstadt 518.64, Wiesbaden 128.33, Nürnberg I 138.43, Bartenkirchen 51.45, Kreuznach 59.04, Göttingen 26.85, Diepholz 26.90, Durlach 33.—, Oberfeld 88.54, Hamburg II 155.45, Crefeld 165.60, Götting 207.05, Breslau 233.28, Cöln 263.53, Bremen 505.15, Heidelberg 79.94, Pforzheim

82.45, Duisburg 47.28, Braunschweig II 47.57, Wilhelmshaven 49.13, Straßburg 11.27, Ismaning 13.80, Friedberg 14.51, Straßburg 21.91, Danau 3.49, Gießen 5.06, Göttingen 5.65, Coblenz 8.80.

Zuschuß wurde abgemittelt: Mainz M 80.—, Tuttlingen 20.—, Halberstadt 30.—, Weichau 9.—, Leipzig 250.—.
G. Wenter, Kassier.

Zur Beachtung.

In der letzten Woche mußten wir für Briefe von nachfolgenden Filialen Extraporto zahlen: Berlin I, Bonn, Braunschweig, Cöln, Dresden, Düsseldorf, Würzburg, Königsberg, Regensburg, Bartenkirchen und Hof.
Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß Briefe über 20 Gramm 20 Pf. Porto kosten. Im Zukunft werden wir die Annahme der Briefe, wofür Extraporto zu zahlen ist, verweigern.

In Danabrück wird von jetzt ab die Reiseunterstützung beim Unterzeichnen a. S. bezahlt und zwar Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr.
C. Winkemann, Postgraden 17.

Die Filialen von Rheinland und Westfalen, welche den Betrag zu den Kosten des Provinzialtags noch nicht eingeleitet haben, werden ersucht, dies sofort zu thun, an
J. Wadenhener, Düsseldorf, Leopoldstr. 34.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingelebete Hilfskasse Nr. 71.)
Bericht des Hauptkassiers vom 6. bis 12. Januar 1901.
Ueber schiffe von den örtlichen Verwaltungen wurden eingeleitet von Bauer-Schwäbisch Hall M 273, Schwarzlopp Spandau 50.—.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgemittelt an Backe Dresden M 100.—, Kanne Bremen 100.—, Arnold-Halle a. S. 200.—, Wödingen Cöln a. Rh. 200.—, Schiller-Charlottenburg 150.—, Sämtl. Regensburg 100.—, Tornow-Berlin O. 400.—, Gerken-Duisburg 100.—, Fuhrmann-Cöln Ehrenfeld 100.—, Ehlers-Libbet 200.—, Kettler-Dortmund 150.—, Sob-Karlruhe i. B. 100.—, Naegel-Berlin S. 300.—.

Krankengelder erhielten: Buchn. 9163 S. Kröhllich in Landsberg a. d. Warthe M 19.—, Buchn. 7423 R. Koch in Gberwalde 11.40, Buchn. 141 J. Schaper in Birneberg 14.10, Buchn. 2410 G. Decht in Carow 16.45, Buchn. 14829 B. Neul in Breslau 11.65, Buchn. 15047 W. Sperber in Krowo i. Polen 12.90, Buchn. 4839 D. Kasten in Götting bei Schöpperstätt 18.60, Buchn. 727 R. Skontowski in Graubenz 22.30, Buchn. 7170 F. Ritter in Wechmar bei Götting 12.90.
J. S. Wulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Anzeigen.

Filiale Frankfurt a. M.
Mittwoch, 23. Januar, Abends 8 Uhr,
General-Versammlung
im „Erlanger Hof“, Boringasse 11, I. Stock.
150] Der Vorstand.

Wintearbeit!
Jeder Maler kann in einigen Stunden, wenn er mir das Original vergrößern läßt, Freidezeichnungen durch leichtes Ueberarbeiten herstellen.
Bruno Ochernal,
Maler und Photograph, Nürnberg a. S.

Wichtig für Maler!
Allergrösste Auswahl von fertigen Schablonen und Zeichnungen.
Einzig auf der Höhe der Zeit stehende Werke für Maler.
Moderne Stilrichtung.
Preis 6 M. Schablonen zur Decken- und Wandmalerei für den praktischen Gebrauch, Größe 25x33.
In Naturalgröße, Renaissance und englischem Charakter.
12 Tafeln.
Moderne farbige Skizzen
zur Deckenmalerei.
Preis 12 M. Größe 47x34. Enth. 10 Tafeln Farbendruck.
Ganz besonders leicht und einfach gehalten.
Derausgegeben von **Carl Lange.**
Diese Werke sind Preisverzeichnisse für Schablonen und Baufen in natürlicher Größe beigegeben.

Berliner Maler-Schule
für fachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc.
Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfachste Technik gelegt.
Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 Mark.
Meiner Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden.
Prospekte der Malerschule gratis und franko.
Carl Lange,
Berlin SW., Gitschinerstr. 94 a.
Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen u. Entwürfe,
Vorsand nur gegen vorherige Einsendung des Betrages.

MALERSCHULE zu HAMBURG
WILH. SCHÜTZE, PROSP. GRATIS
NUR ERSTE PREISE u. MEDAILLEN

Zum sofortigen Eintritt für dauernde Stellung ein älterer, energischer **Lackiermeister** für große Maschinenfabrik gesucht. Solche, welche längere Zeit in Waggonfabriken thätig gewesen sind, bevorzugt. Diferen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen u. Zeit des frühest. Eintrittes unt. F. X. 149 an G. L. Daube & Co., Hannover, erbeten.

Schablonen für Wände u. Decken, durchwegs praktisch eingerichtet, schönste Dessins für Wände, flotte Ornamente für Decken.
Musterkarten in Farbendruck empfiehlt a 5 Mk.
Marlus Buchsbaum, Wien I, Rathhausstr. 15.

Cigarren
für titl. Vereine in la. Qualitäten empfehle zum Fabrikpreis.
L. Zirkler, Nürnberg.

Selbstunterricht in der Holzmalerei!
150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farbendruck, mit leicht faßlicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur 10 M zu beziehen von
Aug. Dümeyer, Maler, München,
Corneliusstr. 19, IV. rechts.
Maler können die Vertretung übernehmen!

Amoretten. Malvorlagen Blumen. — Landschaften. Fruchte etc.
24 Blatt M 3.—, 48 Blatt M 5.—, franko, naturgetreu.
Heinr. Brühl, Hamm i. W., Münsterstr. 42.

P. Steet, Nürnberg,
Obere Wörthstr. 18
versendet Malutenfilien, Leitern, ff. Schablonen- und Zeichenpapiere, sowie Malvorlagen u. alle mod. Werke.
Preisliste franko.

G. Job, Binselgeschäft, Nürnberg,
Tobelgasse 13.
Differire den Herren Kollegen folgende Musterkennung: Je 1 Satz Greizer, Berliner und Neidrichzeiger, je 1 Satz Rinds- u. Fischearmalpinfel, 1 Dachvertreiber, 1 Schlager, 1 Mobler je 3 Zoll breit, 1 Satz Stahl- und Lederkämme je 10 Zoll, 1 Blechpalette, trotz 25prozentiger Preishöhung auf Binsel liefere ich dieselben noch wie früher zu M 13.50.

Malvorlagen
8 Blatt C. Kleinblumen 39x51 } nach Wahl
8 Blatt Landschaften 39x51 }
feiner Aquavellendruck M 7.—. Alle anderen Vorlagen sehr preiswerth.
G. Job, Nürnberg.

Am 4. Januar verschied hier im 24. Lebensjahre nach längerem Leiden unser treues Mitglied und Kollege
Wilhelm Olms
aus Grabow in Mecklenburg. Möge ihm die Erde leicht sein.
Ehre seinem Andenken.
M 1.80] Filiale Coburg.

Nachruf!
Am 8. Dezember starb unser treuer Kollege
Simon Göbel
im Alter von 40 Jahren an der Proletarierkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
M 1.80] Filiale Frankfurt a. M.

Todes-Anzeige.
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, das Ableben unseres treuen Kollegen
Franz Arquin
Lackier, bekannt zu geben.
Ehre seinem Andenken.
M 1.80] Filiale München II.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitag, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Oesterreich 1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M., durch die Post bezogen 1.20 M. — Anzeigen kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 30 S., Vereinsanzeigen 15 S., die Spalte. Der „Vereins-Anzeiger“ ist im Postverzeichnis der Reichspost für 1900 unter Nr. 7649 eingetragen.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 2 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.
Für die Redaktion verantwortlich M. Mart, Hamburg, Verlag von S. Wenter, Hamburg.
Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eißel, Friedenstr. 4.